

# Berliner Tageblatt

Nr. 129

und Handels-Zeitung

Dienstag, 17. März 1923

Chef-Redakteur Theodor Wolff in Berlin.

Druck und Verlag von Rudolf Wolff in Berlin.

## Das Ergebnis der Pariser Besprechungen.

### „Ohne Deutschland geht es nicht weiter.“ Herriot über das Gespräch mit Chamberlain. — Die Frage der Garantie für Polen.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

Paris, 17. März.  
Nachdem gestern Abend Chamberlain den Vertretern der Presse seine Eindrücke über die Unterredung mit Herriot mitgeteilt hatte, empfing eine Stunde später Herriot die Journalisten am Canal d'Orfèvre, um ihnen zu sagen, was er von der Unterredung mit Chamberlain erwartete. Seine Erklärungen machten den Eindruck großer Offenheit, aber sie haben nicht viel Klarheit gebracht, denn auf viele der interessantesten Fragen antworteten beide Minister nur durch ein diplomatisches Schweigen.

Mit Herriot gelangt wurde, daß Chamberlain dem toten Protokoll seine Träume noch weihen wolle, erklärte Herriot lobend. „Mein, mein, keine Träne. Das Protokoll ist noch nicht in die Welt gesetzt.“ Wenn es auch in der nächsten Zeit im September wieder erscheint, aber wir wollen uns nicht mit der Diskussion über Projekte aufhalten. Das Protokoll, der Garantievertrag der fünf Mächte, oder auch ein Vertrag, an dem außer Deutschland auch Polen und die Tschechoslowakei teilnehmen, das sind alles Ideen, aus denen wir uns das Beste herauszufinden müssen.“ Auf die Frage, wie denn ein Garantievertrag aussehen solle, wenn er nach dem Wunsch Frankreichs abgeschlossen würde, erfolgte die Antwort: „Wie dieser Vertrag auch aussehen mag, er wird in den Rahmen des Völkerbundes eingepaßt werden müssen. Bisher wird der Vertrag ein verfeinertes Abbild des Protokolls sein, das vorläufig nur auf die französische Ökonomie angepaßt und später erweitert werden müßte. Die Hauptfrage ist, daß ich mit Herrn Chamberlain grundsätzlich über die Notwendigkeit einig bin, dem Vertrag von Versailles und dem Völkerbund alle Rechte zu wahren.“ Ein Reporter fragte zu wissen, ob Polen ruhig liegen dürfe. Herriot sagte: „Wohlglaube soll Polen unangenehm sein? Frankreich ist ein loyales Mitglied und bei den Verhandlungen, die in französischer Form weitergehen, wird Polen gleichfalls Jäger können, was es will. Wir dürfen uns nicht damit aufhalten, uns durch Formeln ängstigen zu lassen, sondern wir müssen nach einer konkreten Lösung suchen.“

„Und Deutschland?“ wurde gefragt. Herriot sagte: „Ich bin mit Chamberlain darin einig, daß wir nicht weiterkommen werden, solange nicht das Reich dem Völkerbunde angeschlossen ist. In wirtschaftlicher und liberaler Auffassung der gegebenen Verhältnisse darf man es als richtig betrachten, daß Deutschland an den Verhandlungen über den Garantievertrag teilnimmt; aber vorher müssen die Mächte untereinander einig sein.“

Die Frage nach der Räumung Kölns wurde gestellt. Darüber kam ich nichts Neues, erwiderte Herriot. „Es muß die Völkerbundkonferenz sprechen.“ Die gleiche Diskussion hat Herriot für notwendig, als er gefragt wird, ob der Vertrag, der Kontrollkommission vorliegt, veröffentlicht werden dürfe. Er sagte nur: „Herr Chamberlain fürchtet eine neue Verunsicherung.“ Auf die Frage, ob die Besprechungen, die in französischer Form weitergehen, wird Polen gleichfalls Jäger können, was es will. Wir dürfen uns nicht damit aufhalten, uns durch Formeln ängstigen zu lassen, sondern wir müssen nach einer konkreten Lösung suchen.“

kommen, daß das Protokoll mit oder ohne Änderungen das beste Programm für eine Friedenspolitik sei.

Aus den Ausführungen der beiden Minister schließt Sauerwein, der noch besondere Unterredungen mit Chamberlain und Herriot gehabt hatte, daß „nichts erreicht, aber auch nichts verloren ist.“ Der Mitarbeiter des „Matin“ meint zwei Punkte, aber welche Einigkeit erlangt ist, erweist Deutschland muß dem Völkerbund beitreten, eine Sicherheitspaßt zustande kommen kann; zweitens, die politische Grenze muß garantiert werden. Der „Zeit Kurieren“ dessen Redakteur gleichfalls zu werden. Der „Matin“ sagt, daß die beiden Minister zwei Einigungspunkte feststellten, aber andere als der „Matin“: Herriot und Chamberlain halten zunächst eine diplomatische Verhandlung der Mächte für notwendig, auf welche dann eine Verhandlung mit Deutschland folgen soll. Das „Echo de Paris“ ist unzufrieden, weil die Besichtigung mit dem deutschen Plan nicht vertagt worden ist, sondern weiter geht. „Das Problem ist jetzt auf das Projekt Stresemann-Berenson und dessen Ausführung beschränkt“, schreibt Berenson mitsamt. Herriot habe die Absicht, dieses deutsch-englische Problem dem Genfer Protokoll möglichst ähnlich zu machen; aber es ist fraglich, ob dieser Plan gelingen wird. „England darf einen Gewinnpunkt notieren.“ („Echo de Paris“) hier ist eingeschaltet, daß es eine Freiführung ist, immer von einem „Projekt Stresemann-Berenson“ zu sprechen, wie es das „Echo de Paris“ tut. Obwohl über die Verwirklichung dieser deutschen Forderung noch nicht alles gesagt werden kann, läßt sich doch wenigstens das feststellen, daß in Berlin nicht bloß mit dem englischen Vorkläufer über den im Innern bekannten Plan gesprochen worden ist, sondern auch mit dem französischen Vorkläufer de Margerie. (Und ob Stresemann der Vater des Gedanken ist, ist auch nicht sicher. Die Red.)

Auch die „New York Times“, die sonst mit dem „Echo de Paris“ nicht übereinstimmt, ist diesemmal mit England nicht einverstanden und spricht von einem „Kommentar des foreign Office“. England wolle weder das Protokoll noch den Pakt ohne Deutschland; es habe auch kein Interesse am Schutz der polnischen Grenze. Man könne in London von den anderen Mächten nicht die Erfüllung ihrer Pflichten verlangen, wenn man nicht dazu geneigt sei, ihnen auch Rechte zu geben. Das ist die Lösung mit England, wenn sie nur einen Teil von Europa vor dem Krieg schützen soll. Diese missverständliche Kritik des internationalen Blattes ist auffallend, da unmittelbar neben ihr ein Artikel Victor Hoff's steht, in dem sehr offen über die „unerträglichen und furchtbaren Manifestationen“ der polnischen Freunde gesprochen wird. „Man sieht: Nach der Unterredung, die Klarheit bringen sollte, ist die Unterredung Herriot die Möglichkeit gegeben hat, die vollkommene Einigkeit der Anhängungen mit dem veränderten Minister festzustellen. Diese Information schließt: Alle drei Minister sehen die kommende Entwicklung mit Optimismus an, und glauben, daß im nächsten September in Genf ein Friedensvereinbarung abgeschlossen werden kann, welche Europa das langentworfene Gefühl der Sicherheit wieder zurückgibt.“

Sauerwein hat Chamberlain gefragt, was er über die gestern mitgeteilte Londoner Meinung des „Matin“ über Differenzen im englischen Kabinett zu sagen habe. Chamberlain hat geantwortet, er könne über diese Angelegenheit nichts sagen, da er durch seinen Amtsbesitz gebunden sei.

## Genfer Halbheiten.

Die Taktik des Völkerbundesrates in den Danzig-polnischen Streitfragen.

(Nachdruck verboten.)

Dr. Karl Eugen Müller.

Die „Abfängen“, die der Völkerbundsrat in seiner letzten heftigen Sitzung für die mannigfachen Danzig-polnischen Streitfälle gefunden hat, sind leider symptomatisch für die Taktik des ewigen Ausweichens, die man in Genf so ziemlich allen heißen Problemen gegenüber anwendet. Die Rücksicht auf politische Empfindlichkeiten, die Scheu, einzelne Mitgliedstaaten, mögen sie sich auch noch so offensichtlich im Unrecht befinden, vor den Kopf zu stoßen, hat gegenüber dem sachlich gebotenen Bedürfnis nach klaren Entscheidungen sich von neuem als das härtere Motiv erwiesen. Aber die besondere Aufgabe des Völkerbundes als Schlichter der freien Stadt Danzig nach der Notwendigkeit, die Autorität seiner eigenen Organe zu schützen, veranlaßt den Rat die Entschlußkraft einzubringen, den auf Eröffnung des Versailleser Vertrages hinauslaufenden Liebergriffen Polens ein für allemal ein festes Nein entgegenzusetzen. Dem Wunsch Polens nach einer prinzipiellen Neuregelung seiner Beziehungen zur freien Stadt Danzig soll ganz unmissverständlich die Beschränkung durch die Beschränkung des Reichsvertrages Luitpolds de Saxe bis zur nächsten Ratssitzung am 10. Mai eingehende Vor schläge zu machen. Da weder dem Rat noch dem Völkerbund ein inneres Recht oder eine äußere Vollmacht zusteht, den Sinn des Versailleser Vertrages und der auf ihm beruhenden Sondervereinbarungen zwischen Danzig und Polen abzuändern, kann man auch in dieser Hinsicht nicht anders als eine Vertagung erblicken.

Trotzdem für die Taktik des ewigen Ausweichens was insbesondere die Stellung, die der Rat zu einer Entscheidung seines eigenen Kommissars über die Raailische Selbständigkeit Polens eingekommen hat. Der äußere Anlaß dieses Streites war die plötzliche Weigerung Polens, einen mit der freien Stadt abgeschlossenen Vertrag über Eisenbahnenformal zu ratifizieren; der innerliche Grund dieser Weigerung aber liegt in dem polnischen Streben, die freie Stadt Danzig aus ihrer unabhängigen Stellung gegenüber der polnischen Republik in die Stellung einer autonomen Stadt innerhalb des polnischen Reiches zu drängen. Der gegenwärtige Hohe Kommissar des Völkerbundes in Danzig, der Engländer MacDonnell, hatte in der Entscheidung vom 7. November des vorigen Jahres die Verpflichtung Polens zur Ratifizierung jenes Vertrages ausdrücklich damit motiviert, daß Danzig ein „Staat im internationalen Sinne“ sei. Formulierung, von so unbequemer Eingedenktheit sind nicht die Sache des Völkerbundesrats; er verweigert die Entscheidung seines Kommissars, daß der Vertrag ratifiziert werden muß, lehnt aber im übrigen die Anerkennung des staatlichen Charakters der freien Stadt ab, weil der Ausdruck „Staat“ so wenig präzis sei, daß er der Rat nicht für nötig habe, in eine Prüfung seiner Anwendbarkeit auf Danzig einzutreten. Die internationale Stellung der freien Stadt ist im Versailleser Vertrag hinreichend definiert, meinte der Berichterstatter; nur einer klaren Antwort auf die Frage, ob die polnische oder die Danziger Auslegung dieser Definition die richtige sei, ging er vorzüglich aus dem Wege. Es liegt auf der Hand, daß damit der unaufrichtigen, daß Danziger Wirtschaftslieben aus ihm schwerste beeinträchtigende Reibungen der Boden nicht nur nicht entzogen, sondern im Gegenteil von neuem bereitet ist.

Ganz ähnlich war das Verfahren, das der Rat gegenüber dem Polkonflikt gewährt hat. In den beiden Dingen feststehenden konnte der Eindruck entstehen, als ob es sich hier lediglich um nationalpolitische Empfindlichkeiten eines in seinen Selbstgefühlen getränkten Kleinstaats handelte. In Wahrheit aber war die vertragswidrige Entscheidung eines polnischen Volksrates in der freien Stadt Danzig, so sehr sie auch dem polnischen Machtbewußtsein schmeichelt, keineswegs nur Selbstverleugung oder gar Betriedigung eines tatsächlichen Bedürfnisses; sie war vielmehr nur ein neues Mittel zum Zweck, die Danziger Bevölkerung in der Lage zu setzen, gegenüber den polnischen Eimerleibungsstendens. Die Danziger Kaufmannschaft fühlt heute, was der ideinhaltige Spatz der Anbringung politischer Briefkästen in den Danziger Straßen für sie bedeutet. Die polnischen Postbehörden wollen Briefe zur Post, die in Danzig mit Danziger Postwertzeichen aufgegeben sind, und sie verweigern jetzt plötzlich — nach Ablauf von mehr als vier Jahren seit der Begründung der freien Stadt! — die Annahme von Poststücken, die in deutscher Sprache ausgefertigt sind. Und teils freiwillig, teils unter dem Druck der furchtlich erregten öffentlichen Meinung machen sich polnische Gehaltsräuber, mit denen die Danziger Kaufleute in Verbindung stehen, die neuen Grundzüge der polnischen Behörden zu eigen. So läßt auch diese polnische Eigenmächtigkeit der polnischen Regierung in letzter Linie auf einen neuen wirtschaftlichen Druck gegen die Danziger Bevölkerung hinaus, die mit allen Mitteln des Zwanges zu der Ueberzeugung gebracht werden soll: „Ihr könnt nur gehen, wenn ihr euch mit Haut und Haaren Polen verschreibt!“ So hofft man den Kampf des Danziger Volkstums um die Erhaltung seines nationalen Charakters von innen heraus zu lähmen.

Vor dem Forum des Völkerbundes spielen solche „Geheimnisse“, natürlich keine Rolle. Er kann sich nur mit den Dingen befassen, die an die Oberfläche treten. Sein hoher Kommissar hat die Einrichtung des polnischen Postdienstes für unzulässig erklärt; Polen aber führt ihn unbekümmert weiter. Das ist eine jener „direkten Aktionen“, die sich der

## England und Coolidges Entwaffnungsplan.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

London, 17. März.  
Nachdem gestern in London gestrichelten Gerüchten soll eine halb-offizielle Mitteilung eingetroffen sein, daß Präsident Coolidge und sein Außenminister Kellogg sich entschieden hätten, eine baldige Entwaffnungskonferenz einzuberufen. Wie der diplomatische Korrespondent des „Daily Telegraph“ dagegen mitteilt, seien weiter in bezug auf die in amerikanischen offiziellen Kreisen letztendlich bestimmten Informationen laut geworden, wozu Washington wohl die ersten Schritte zur Einberufung einer solchen Konferenz unternommen werde. In einigen politischen Kreisen Londons nehme man an, daß man vielleicht mit einem ersten Schritt nach Antritt des neuen amerikanischen Präsidenten rechnen können, der zweifellos während der künftigen Besprechungen in Washington eine bedeutende Rolle spielen. Der Korrespondent befragt sich jedoch mit der Frage, ob Deutschland wohl auch zu der amerikanischen Entwaffnungskonferenz eingeladen werden würde. 1921 hätte alle Weltmächte Europas an der Washingtoner Konferenz teilgenommen, und sie werden wahrscheinlich auch alle in diesem Jahre an der neuen Konferenz teilnehmen. Deutschland habe man damals nicht eingeladen, weil es ja nicht mehr zu empfangen gehabt habe. Willkürlich wurde es auch heute von amerikanischen Seite gleichfalls als durchaus unmöglich bezeichnet. Es würde interessant sein zu beobachten, ob trotz dieser Beschränkungen es aus politischen und diplomatischen Gründen zur Teilnahme eingeladen werden würde. Bisher war eine Einigung, die für eine Einladung Sowjetrußlands zu einer solchen Konferenz spricht, noch nicht vorhanden.

## Die Saarbeschlüsse des Völkerbundesrates.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

Neuerungen des schwedischen Delegierten.  
Die der „Volksstimme“ aus Genf berichtet wird, erklärte Minister Under, der neue Vertreter Schwedens im Völkerbundsrat, zu Mitgliedern der sozialistischen Delegation für die Vertretung der Saargebieteinteressen folgenden: Mit dem Resultat ihrer Bemühungen können Sie zufrieden sein. Do juro ist noch kein großer äußerer Erfolg erreicht worden, aber do facto hat sich doch manches geändert. In zwei Hauptfragen haben Sie Erfolg gehabt: Das französische Militär wird zurückgezogen und an der Saarlands-grenze stationiert werden. Ebenso wird nach einem Jahre regelmäßiger Wechsel in der Präsidentschaft der Regierungskommission stattfinden. Seiten Sie gewiß, daß der Rat die Arbeit der Regierungskommission streng überwachen wird. Entgegenwärtige Anweisungen an Raut sind gegeben worden. Befonders werden auch die Wünsche der arbeitenden Saarbevölkerung berücksichtigt werden. Schweden wird in der Saarpolitik ganz im Sinne Strating's fortwirken. Diese Neuerung von kompetenter Stelle bezeugt den hier herrschenden Eindruck, daß die kürzlich erfolgte Wiederernennung Rauts zum Präsidenten der Saargebietung nur eine Art Gnadenakt für ihn gewesen ist.